



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Dorothea Weiß
Telefon:	02104/99-1554
Fax:	02104/99-841554
E-Mail:	dorothea.weiss@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 06.12.2012

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Donnerstag, den 22.11.2012, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Klaus Müller

Mitglieder

Dirk Brixius
Jürgen Bullert
Harald Degner
Stephan Emmeler
Barbara Enke
Karl-Heinz Göbel
Berndt Hoffmann
Gabriele Hruschka
Marc Kammann
Gertrud Laßmann
Oliver Pera
Maximilian Rech
Helmut Rohden
Udo Switalski
Dietmar Weiß
Sebastian Wladarz

Verwaltung

Lothar Breitsprecher
Udo Ehlscheid
Volker Eichert
Thomas Fritsch
Nils Hanheide
Daniela Hitzemann

Thomas Jarzombek
Martina König
Martin M. Richter
Gerhard Rott
Antje Schäfer
Bernd Schneeweiß
Edgar Schönfisch
Dorothea Stangier
Dorothea Weiß
Tatjana Wiens
Stefanie Wieseemann

Gäste

Frau Berger
Frau Hirschmann-Graf
Herr Letay

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.09.2012
3. Informationen der Verwaltung
4. Vorstellung der Energieberatungsstellen im Kreis Mettmann; 39/006/2012
hier: Vortrag durch Beschäftigte der Energieberatungsstellen
5. Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zwischen 32/011/2012
dem Kreis Mettmann und den Städten Ratingen und Velbert
über die Wahrnehmung von Aufgaben zur Bekämpfung der
Schwarzarbeit durch den Kreis Mettmann
6. Notfallseelsorge im Kreis Mettmann - Erfahrungsbericht 2012 32/012/2012
7. Haushalt 2013 20/039/2012
8. Nachträge
- 8.1. Auslastung der Zulassungsstellen in Mettmann und Langen- 36/006/2012
feld

Nicht öffentlicher Teil

9. Informationen der Verwaltung
10. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Der Vorsitzende, Herr KA Müller, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Vorschlag von Herrn Hanheide wird die Tagesordnung einvernehmlich dahingehend geändert, dass der TOP 8.1 „Auslastung der Zulassungsstellen Mettmann und Langenfeld – Anfrage der Fraktion UWG-ME vom 05.11.2012“ vor TOP 7 „Haushalt 2013“ beraten wird.

Sodann stellt der Ausschuss die insoweit geänderte Beratungsfolge der Tagesordnung fest.

Zu TOP 5 „Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zwischen dem Kreis Mettmann und den Städten Ratingen und Velbert über die Wahrnehmung von Aufgaben zur Bekämpfung der Schwarzarbeit“ wird Herr KA Degner als Berichterstatter für den Kreistag benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 24.09.2012

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 24.09.2012 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Herr Hanheide kündigt an, erforderliche Informationen bei den Beratungen der Produkte zum Haushalt 2013 unter TOP 7 zu geben.

Zu Punkt 4: Vorstellung der Energieberatungsstellen im Kreis Mettmann; hier: Vortrag durch Beschäftigte der Energieberatungsstellen - Vorlage Nr. 39/006/2012

Frau Susanne Berger stellt in einem informativen Vortrag die Arbeitsfelder der Energieberatungsstelle in Ratingen vor.

Auf Nachfragen aus dem Gremium berichtet Frau Berger, dass sich die Anzahl der prognostizierten Erstkontakte auf die Projektdauer von drei Jahren beziehe. Die personelle Ausstattung der Energieberatungsstelle in Ratingen sei inzwischen ausreichend, nachdem zwei Honorarberater zur Unterstützung gewonnen werden konnten. Somit sei nun eine zeitnahe Beratung der Kunden möglich.

Eine Zusammenarbeit mit den Stadtwerken sei derzeit nicht beabsichtigt. Die Beratungsleistungen der Stadtwerke richteten sich ausschließlich an deren Kunden. Man wolle nicht in Be-

reichen tätig werden, die bereits besetzt seien. Insoweit verstehe sich das Angebot der Energieberatungsstelle eher als Ergänzung zum Angebot der Stadtwerke.

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu Punkt 5:	Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zwischen dem Kreis Mettmann und den Städten Ratingen und Velbert über die Wahrnehmung von Aufgaben zur Bekämpfung der Schwarzarbeit durch den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 32/011/2012
--------------------	--

Herr Hanheide erläutert die Notwendigkeit der Änderung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen. Zum einen hätten sich die rechtlichen Rahmenbedingungen verändert, so dass die Bekämpfung der Schwarzarbeit nicht mehr in dem bisherigen Umfang durchgeführt werde. Darüber hinaus sei es durch die Übernahme der JVA Düsseldorf und aufgrund der aktuellen Asylbewerbersituation in der Aufgabenwahrnehmung zu Verschiebungen in Richtung Ausländerrecht gekommen. Dennoch sei beabsichtigt, die Kooperation in einem sinnvollen Umfang fortzusetzen. Hierzu bedürfe es aber nur noch einer Kernmannschaft. Dadurch würden sich die Personalkosten insgesamt verringern, die Beteiligung der Städte Ratingen und Velbert am Bußgeldaufkommen bleibe im bisherigen Rahmen erhalten. Die Vorlage beinhalte insoweit das Ergebnis der Gespräche mit den Städten Ratingen und Velbert.

Auf Nachfrage von Herrn SB Brixius erläutert Herr Hanheide, dass die unterschiedliche Ausgestaltung der bisherigen Vereinbarungen historische Gründe habe. Die Vereinbarung mit der Stadt Ratingen sei älter und habe eine Personalgestellung zum Inhalt. Die später mit Velbert geschlossene Vereinbarung basierte auf einer Personalkostenerstattung von 75% einer Stelle. Der Kreis habe der Stadt Ratingen seit einigen Jahren die Personalkosten in Höhe von 25 % erstattet.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Städten Ratingen und Velbert über die Wahrnehmung von Aufgaben zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in den Städten Ratingen und Velbert durch den Kreis Mettmann vom 21.04.1997 bzw. 30.07.2003 werden entsprechend den Anlagen 1 und 2 geändert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	Notfallseelsorge im Kreis Mettmann - Erfahrungsbericht 2012 - Vorlage Nr. 32/012/2012
--------------------	--

Herr Hanheide erinnert an den engagierten Vortrag des Herrn Pfarrer Draht zur Arbeit der Notfallseelsorge im vergangenen Jahr. Wie dem der Vorlage beigefügten Bericht zu entnehmen sei, habe die erfolgreiche Arbeit fortgeführt werden können. Im Hinblick darauf, dass niemand die Notwendigkeit dieser Arbeit infrage stelle und jeder den Wert zu schätzen wisse, halte er einen jährlichen Erfahrungsbericht nicht mehr für erforderlich. Gleichwohl sei die Stiftung Notfallseelsorge nach wie vor auf finanzielle Unterstützung angewiesen, da die Stiftungserträge noch keine vollständige Kostendeckung sicherstellen könnten. Insoweit halte er einen jährlichen Entscheidungsvorbehalt nicht mehr für sinnvoll. Der Beschlussvorschlag sei daher auf die zukünftige weitere Gewährung des Betriebskostenzuschusses ausgelegt.

Beschlussvorschlag für den Kreisausschuss:

1. Der Ausschuss nimmt den Erfahrungsbericht der Stiftung Notfallseelsorge zur Kenntnis.
2. Der Kreis Mettmann unterstützt weiterhin den kreisweiten Einsatz der Notfallseelsorger. Dazu gewährt er der Stiftung Notfallseelsorge im Kreis Mettmann zukünftig weiterhin eine jährliche Zuwendung als Betriebskostenzuschuss in Höhe von 10.000,00 €.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8:	Nachträge
Zu Punkt 8.1:	Auslastung der Zulassungsstellen in Mettmann und Langenfeld hier: Anfrage der Fraktion UWG-ME vom 05.11.2012 - Vorlage Nr. 36/006/2012

Die Anfrage der Fraktion UWG-ME vom 05.11.2012 wird durch Herrn Schneeweiß wie folgt beantwortet:

Frage 1:

Liegen der Verwaltung belastbare Zahlen über Wartezeiten (sowohl im Durchschnitt als auch zu Spitzenzeiten) und zur Kundenzufriedenheit getrennt nach Zulassungsstellen und nach ad hoc Besuchen bzw. nach Terminvereinbarungen über das Internet vor?

Antwort:

Es liegen keine belastbaren Zahlen über die Wartezeiten in Mettmann und Langenfeld vor. Das Problem der Wartezeiten der Privatkunden ist der Verwaltung bekannt. Mit der mittlerweile veralteten Aufrufanlage sind die Besucherströme nicht steuerbar. Priorität haben Terminkunden. Zulassungen über Zulassungsdienste und Händler werden separat abgewickelt. Sind zu bestimmten Zeiten viele Terminkunden zu bedienen, kann es durchaus vorkommen, dass längere Zeit kein Kunde ohne Termin aufgerufen wird.

Die Verwaltung wird eine neue Aufrufanlage in 2013 beschaffen. Die neue Anlage wird eine Steuerung der Besucherströme und bessere Auswertemöglichkeiten bieten.

Nach den heute vorliegenden Erkenntnissen betragen die mittleren Wartezeiten zwischen 30 und 90 Minuten für Kunden ohne Termin. Kunden mit Termin haben mittlere Wartezeiten von 5-10 Minuten.

Besondere Situationen entstehen im Frühjahrsgeschäft, an Brückentagen oder bei größeren Personalausfällen mit teilweise längeren Wartezeiten.

Zur Kundenzufriedenheit liegt eine nicht repräsentative Befragung aus dem Jahr 2010 für die Zulassungsstelle Mettmann vor, die von zwei Beschäftigten im Rahmen einer Zielvereinbarung durchgeführt worden ist. Seinerzeit war die Terminvereinbarung nachmittags an zwei Schaltern noch im Probebetrieb.

An 7 Tagen im November 2010 waren 310 von 1.223 Kunden (rd. 25 %) bereit, einen Fragebogen mitzunehmen, ausgefüllt haben ihn 118 Kunden (9,6 % der Gesamtkunden). Es wurden 10 Fragen gestellt, u.a. auch zur Wartezeit. 23 % der Kunden wünschten sich eine Verkürzung der Wartezeiten. 66 % der Kunden kannten die Terminvereinbarung nicht. Danach hat die Verwaltung schrittweise das Terminangebot von zwei Schaltern nachmittags auf mehrere Schalter ganztags ausgeweitet. Heute bietet die Verwaltung personalabhängig täglich in Mettmann rd. 80 Termine und in Langenfeld rd. 26 Termine an.

Die Mitarbeiterkompetenz bzw. die Mitarbeiterfreundlichkeit wurde von 95 % bzw. 97 % der Kunden mit sehr gut und gut beurteilt.

Frage 2:

Wie hoch ist der Anteil der Terminvereinbarungen über das Internet (nach Zulassungsstellen getrennt)?

Antwort:

Termine können über das Internet, telefonisch oder persönlich am Informationsschalter vereinbart werden. Der Anteil der Terminvereinbarungen an der Gesamtzahl der Geschäftsfälle liegt in Mettmann bei rd. 20 % und in Langenfeld bei rd. 10 %.

In Mettmann werden aktuell rd. 52 % der angebotenen Termine genutzt, in Langenfeld liegt dieser Wert bei 45 %.

In Mettmann werden durchschnittlich 80 Termine/Tag vergeben, in Langenfeld 26.

Frage 3:

Mit wie viel MA sind die einzelnen Zulassungsstellen (sowohl im Durchschnitt als auch zu Spitzenzeiten) besetzt?

Antwort:

Die Anzahl der Beschäftigten ist im Stellenplan festgeschrieben. Für Spitzenzeiten stehen nicht mehr Beschäftigte zur Verfügung. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Beschäftigten wird durch die Ausfallzeiten (Urlaub, Krankheit, Fortbildung) beeinflusst; für Spitzenzeiten können keine Personalreserven vorgehalten werden.

In Mettmann stehen im Schalterbereich 24 Beschäftigte, davon 14 Vollzeit- und 10 Teilzeitbeschäftigte, zur Verfügung. 1 Stelle ist derzeit unbesetzt.

In Langenfeld stehen im Schalterbereich 11 Beschäftigte, davon 4 Vollzeit- und 7 Teilzeitbeschäftigte zur Verfügung. 2 Stellen sind derzeit unbesetzt.

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 7:	Haushalt 2013 - Vorlage Nr. 20/039/2012
--------------------	--

Der Vorsitzende ruft die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz fallenden Produkte auf. Die Anträge und Anfragen der Fraktionen stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an.

Produktbereich 01 (Innere Verwaltung)

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
287 – 294	01.11.01	Rechtsberatung und -vertretung	einstimmig angenommen

Produktbereich 02 (Sicherheit und Ordnung)

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
403 – 410	02.01.01	Wahlen	einstimmig angenommen
411 – 418	02.02.01	Ordnungsangelegenheiten	einstimmig angenommen

Produkt 02.02.02

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 1 der Tischvorlage)
Seite 422 Zeile 4 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	168.000	188.000	188.000	188.000
Ansatz (neu)	170.000	190.000	190.000	190.000
Differenz	2.000	2.000	2.000	2.000

Frau KA Laßmann erläutert den Antrag ihrer Fraktion, welcher auch eine Erhöhung der Leistungsdaten von 700 auf 800 vollzogene Einbürgerungen umfasst.

Herr Hanheide stellt zunächst die Zahlen der vollzogenen Einbürgerungen in den Jahren 2011 (904) und 2012 (bisher 850) dar. Er macht deutlich, dass die Zahl der Einbürgerungen von verschiedenen Faktoren abhängt. Aufgrund der vorhandenen Vakanzen im Einbürgerungsbereich sowie der Tatsache, dass in Einarbeitungsphasen der Arbeitsumfang nicht in gleichem Maße erledigt werden könne, sei für 2013 voraussichtlich mit einer geringeren Anzahl an Einbürgerungen zu rechnen. Er versichert jedoch, die Anträge auf Einbürgerungen würden unabhängig von der Zielvorgabe kontinuierlich abgearbeitet.

Zudem macht Herr Hanheide deutlich, dass für Einbürgerungen ein verbindlicher, bundesgesetzlicher Gebührenrahmen vorgesehen ist. Über Ermäßigungen kann im Rahmen dort festgelegter Tatbestände in pflichtgemäßer Ermessensausübung entschieden werden.

Frau KA Laßmann vertritt die Auffassung, über Gebührenermäßigungen werde sehr restriktiv entschieden.

Herr KA Switalski stellt fest, eine Ermessenentscheidung der Verwaltung könne nicht durch Vorgaben politischer Gremien mithilfe vorgegebener Haushaltsansätze beeinflusst und festgelegt werden.

Auf Nachfrage von Herrn KA Emmeler verdeutlicht Herr Hanheide, dass die Fälle, in denen ermäßigte Gebühren veranschlagt werden, nicht gesondert erfasst und bei Einbürgerungsanträgen nur eine untergeordnete Rolle spielen würden.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Enthaltungen SPD-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
419 – 426	02.02.02	Personenstands-, Namens- u. Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	mehrheitlich angenommen (2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
427 – 435	02.02.03	Bußgeldstelle	einstimmig angenommen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 2 der Tischvorlage)

Seite 438 Zeile 4 im Ergebnisplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	390.000	390.000	390.000	390.000
Ansatz (neu)	370.000	370.000	370.000	370.000
Differenz	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000

Frau KA Laßmann erläutert den weiteren Antrag ihrer Fraktion auf Erhöhung der Leistungsdaten in Bezug auf die Erteilung von Niederlassungserlaubnissen auf 3.500 und der Aufnahme des Ziels „Stärkung der Integration und Aufenthaltsverfestigung durch optimale Beratung, Abbau der Kettenduldungen“.

Herr Hanheide bemerkt, dass dem Antrag eine ähnliche Intention wie dem vorherigen zu Grunde liege und stellt fest, dass die Zahl der erteilten Niederlassungserlaubnisse nicht verlässlich prognostiziert werden könne. Das hohe Ergebnis aus dem Jahr 2011 mit 4.300 erteilten Niederlassungserlaubnissen sei wahrscheinlich dem Umstand geschuldet, dass viele ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger noch vor der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels und der damit verbundenen Gebührenerhöhung eine Niederlassungserlaubnis beantragt hätten. Insoweit sei die Zielvorgabe von 2.700 Niederlassungserlaubnissen eine realistische Größe. Er macht zudem deutlich, dass eine Niederlassungserlaubnis nur erteilt werden könne, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt seien. Bei den Gebühren werde versucht, den Betroffenen entgegen zu kommen, in dem z.B. die Möglichkeit der Ratenzahlung angeboten werde. Im Übrigen seien die Ermäßigungstatbestände in der Aufenthaltsverordnung abschließend geregelt.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion

4 Enthaltungen SPD-Fraktion

2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion

1 Nein-Stimme Fraktion UWG-ME

1 Nein-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Ziffer 3 der Tischvorlage)

Seite 438 Zeile 11 im Ergebnisplan

Seite 440 Zeile 10 im Finanzplan

Beträge in €	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	2.126.100	2.147.300	2.168.900	2.190.700	1.984.500	2.003.900	2.023.700	2.043.700
Ansatz (neu)	2.186.100	2.207.300	2.228.900	2.250.700	2.044.500	2.063.900	2.083.700	2.103.700
Differenz	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000	60.000

Frau KA Laßmann erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Herr Hanheide weist darauf hin, dass mit dem Stellenplan 2013 die Einrichtung von vier zusätzlichen Stellen in der Ausländerbehörde vorgeschlagen werde. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die vom Kreistag beschlossene Personalkostendeckelung. Sollten im Produkt 02.03.01 60.000 € an zusätzlichen Personalaufwendungen zur Verfügung gestellt wer-

den, müssten diese an anderer Stelle eingespart werden. Auch die mit den vier neuen Stellen anfallenden Personalaufwendungen müssten aus dem Gesamtbudget erwirtschaftet werden. Die entsprechenden Veränderungsanträge würden in die Sitzung des Kreisausschusses eingebracht.

Frau KA Laßmann verweist auf die bestehende Kooperation der Ausländerbehörde mit der Caritas und hält es für sinnvoll, diese Kooperation zu überdenken und die hierfür aufgewendeten Mittel zur Aufstockung der Personalaufwendungen zu nutzen.

Herr Richter stellt klar, die Mittel für das Caritas-Projekt seien in Produkten des Sozialamtes veranschlagt.

Herr SB Brixius stellt fest, der Antrag sei nach Auffassung seiner Fraktion inhaltlich richtig.

Herr KA Switalski hält die Personalkostendeckelung für einen steinigen und harten Weg. Er vertritt die Auffassung, dass man der Verwaltung zugestehen müsse, die Verteilung und Gewichtung der Personalkosten innerhalb des Budgets selbst vorzunehmen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

7 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
 4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
 2 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 2 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
 1 Enthaltung Fraktion UWG-ME
 1 Enthaltung Fraktion DIE LINKE.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
436 – 442	02.03.01	Aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten	mehrheitlich angenommen (2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
443 – 450	02.03.02	Zentraler Vollzug des Rechts- u. Ordnungs-Amtes	einstimmig angenommen

Zum Produkt 02.03.02 erläutert Herr Hanheide, dass dieses Produkt aufgelöst worden und vollständig im Produkt 02.03.01 aufgegangen sei.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
451 – 458	02.04.01	Lebensmittel- u. Bedarfsgegenständeüberwachung	einstimmig angenommen
459 – 466	02.04.02	Chemische und Lebensmitteluntersuchungen	einstimmig angenommen
467 – 474	02.04.03	Veterinärwesen	einstimmig angenommen
475 – 482	02.05.01	Verkehrssicherheit	einstimmig angenommen
483 – 490	02.05.02	Fahr- u. Beförderungserlaubnisse	einstimmig angenommen

Produkt 02.05.03

Antrag der Fraktion UWG-ME (Ziffer 4 der Tischvorlage)

Seite 492 im Ergebnisplan

Angesichts der Antwort der Verwaltung auf die im Vorfeld beantwortete Anfrage seiner Fraktion räumt Herr KA Degner ein, es bestehe zwar Handlungsbedarf, das gewünschte Ziel (Aufnahme des Kundengesprächs innerhalb von 15 Minuten) sei jedoch unrealistisch.

Herr Hanheide bestätigt, dass sich die Verwaltung nicht in der Lage sehe, dieses Ziel zu erreichen.

KA Degner bittet daher, nach Installation der neuen Aufrufanlage eine Auswertung vorzulegen, anhand derer die Wartezeiten erkennbar werden und zieht den Antrag seiner Fraktion anschließend zurück.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
491 – 498	02.05.03	Zulassung von Fahrzeugen	einstimmig angenommen
499 – 506	02.05.04	Überwachung der Halterpflichten	einstimmig angenommen

Produkt 02.06.01

Auf Nachfrage von KA Bullert teilt Herr Hanheide mit, dass die Stadt Ratingen sich in der Pflicht sehe, einen Standort für die neue Wärmegewöhnungsanlage und die Atemschutzübungsstrecke bereit zu stellen. Dies sei mit den übrigen kreisangehörigen Städten abgestimmt.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
507 – 514	02.06.01	Feuerschutz	einstimmig angenommen

Produkt 02.06.02

Auf Nachfragen von KA Switalski und KA Bullert erläutert Herr Hanheide den Sachstand sowie die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem neuen Konzept für die Kreisleitstelle.

Die schriftliche Zusammenfassung seiner Ausführungen ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.

Frau KA Hruschka bedankt sich für den ausführlichen Bericht, kritisiert aber, dass das erstellte Gutachten den Ausschussmitgliedern für ihre Arbeit vor Ort nicht zur Verfügung stehe, wohl aber bei den Bürgermeistern, den Verwaltungen und den Feuerwehren bekannt sei.

Hierzu stellt Herr Hanheide klar, dass, wie bereits in der Sitzung vom 24.09.2012 erläutert, die Entwicklungen das Gutachten bereits in Teilen überholt hätten. Er sichert zu, den Fraktionen jeweils ein Exemplar einer Zusammenfassung des Gutachtens zur Verfügung zu stellen. Er bittet aber zu berücksichtigen, dass das Gutachten inzwischen fortentwickelt und in dieser Fassung nur noch in Teilbereichen für die derzeitigen Gespräche herangezogen werde.

Dem aus dem Ausschuss geäußerten Wunsch nach einer Besichtigung der Leitstelle wird die Verwaltung gern nachkommen. Herr Hanheide bittet jedoch um Verständnis, dass dies zurzeit wegen der laufenden Baumaßnahmen nicht möglich sei. Die Verwaltung wird einen entsprechenden Termin in Zusammenhang mit einer Ausschusssitzung im nächsten Jahr vorbereiten.

Seiten im Haushalt 2013	Produkt	Produktbezeichnung	Abstimmungsergebnis
515 – 524	02.06.02	Leitstelle	einstimmig angenommen
525 – 532	02.07.01	Allgemeiner Rettungsdienst	einstimmig angenommen
533 – 540	02.07.02	Notarztversorgung	einstimmig angenommen (bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.)
541 – 548	02.08.01	Katastrophenschutz	einstimmig angenommen (bei 1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.)

Der Vorsitzende stellt sodann den beratenen Produkthaushalt insgesamt zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag für den Kreisausschuss:

Der Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2013 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenden Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich angenommen**
7 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
2 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme Fraktion DIE LINKE.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:55 Uhr

gez.
Klaus Müller

gez.
Dorothea Weiß